

(16.11.2017. –30.11.2017)

Grüner Pressespiegel

Gemeinsame PE der Rathauskoalition

29.11.2017 - Rathauskoalition verzichtet auf Änderungsanträge zum Haushalt

Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Liberaler Liste verzichtet auf die Einbringung von Änderungsanträgen zum Haushaltsplan des kommenden Jahres. „Der Haushaltsplanentwurf, dem wir ohne Änderungen zustimmen, trägt bereits die eindeutige Handschrift der Koalitionspartner“, sagt Dr. Günther Schnell, der SPD-Fraktionsvorsitzende. Der geplante Überschuss von 7,7 Millionen Euro sei erforderlich, um ohne weitere Schulden aufzunehmen die notwendigen Investitionen im kommenden Jahr tätigen zu können. Die Stadt Kassel investiere fast 40 Millionen Euro in die Erhaltung und Schaffung städtischen Eigentums, erklärte Schnell weiter.

„In dem wir auf Änderungsanträge verzichten, die eine Deckung aus dem Haushalt bräuchten, sichern wir die Finanzierung beispielsweise der freiwilligen Ausgaben für soziale und kulturelle Projekte“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Dieter Beig. Wichtig sei ihm auch der Hinweis, dass für Investitionen in das Bildungssystem bisher nur der Betrag von ca. 30 Millionen Euro im Haushaltsplan stehe, der Beschluss über die konkreten Maßnahmen an Kasseler Schulen erst Anfang nächsten Jahres getroffen werde. „Das Kommunalinvestitionsprogramm Schule ermöglicht uns, mit Eigenmitteln von ungefähr 7 Millionen Euro Maßnahmen in Höhe von insgesamt gut 30 Millionen umzusetzen“, führt Beig aus. Die in Teilen berechtigten Änderungsanträge der Opposition seien ohne entsprechende, zusätzliche Fördermittel des Bundes oder des Landes nicht zu stemmen.

Insgesamt sei es hoch erfreulich, dass sich die Stadt Kassel wirtschaftlich weiterhin so gut entwickle, halten die beiden fraktionslosen Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst fest. Diese Entwicklung ermögliche erst die Aufstellung eines solch komplexen Haushaltsentwurfes, der in seiner Bandbreite die Stadtgesellschaft eine. „Mit diesem Haushalt tragen wir ein gutes Stück dazu bei, dass Kassel auch weiterhin als prosperierende Großstadt die richtigen Schwerpunkte in der Entwicklung setzt“, erklären die Koalitionspartner abschließend.

Dr. Bettina Hoffmann, MdB

24.11.2017 - Demo-Aufruf gegen Gewalt an Frauen

"Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sind weiterhin präsent in unserem gesellschaftlichen Alltag.

Wir müssen auf dieses unmenschliche Verhalten aufmerksam machen und rufen alle Menschen auf, sich an den Aktionen im Rahmen des internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zu beteiligen." sagt die grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Bettina Hoffmann aus Nordhessen. In Frielendorf hissen die Landfrauen am Samstag, 25.11. um 11 Uhr die Fahnen der Frauenbewegung am Rathaus. In Kassel ruft das Mädchenhaus Kassel zur Demo um 15.30 Uhr am Stern auf.

Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen werde seit 1981 von Menschenrechtsorganisationen wie Terre des Femmes genutzt, um mit Veranstaltungen und Demonstrationen die Rechte von Frauen zu stärken. Neben häuslicher Gewalt seien auch Zwangsprostitution, sexueller Missbrauch, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Vergewaltigung und sexueller Tourismus alltägliche Missstände in Deutschland wie weltweit. Zur Gleichstellung der Geschlechter müssen zudem strukturelle Probleme unserer Gesellschaft behoben werden. In diesem Jahr steht die Genitalverstümmelung bei jungen Mädchen im Fokus der Protestaktionen.

Karin Müller, MdL

24.11.2017 - Grün Sticht“ – Doppelkopfturnier mit Karin Müller, MdL und Dr. Andreas Jürgens

Das freiRAUM (Samuel-Beckett-Anlage 6 in Kassel) ist wieder Austragungsort für das traditionelle Grüne Doppelkopfturnier. Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und Dr. Andreas Jürgens, Erster Beigeordneter des LWV Hessen, laden für den 10. Dezember alle Wettkampfbegeisterten aus Kassel und dem Umland herzlich ein. Einlass ist ab 14.00, Beginn des Turniers ist pünktlich um 14.30 Uhr.

Wollten Sie schon immer einmal Politiker*innen die Trümpfe aus der Hand ziehen? Dann könnte dieses Doppelkopfturnier für Sie genau das Richtige sein. Wie in den Vorjahren warten neben stillen Hochzeiten, fleischlosen Blättern und interessanten Solos viele kleinere und größere Preise auf alle Teilnehmer*innen. Gespielt wird nach den Turnierspielregeln des Deutschen Doppelkopfverbandes. Eine Startgebühr wird nicht erhoben.

Anmeldung bis zum 07. Dezember erforderlich unter Tel. 0561/ 7395951 oder per Mail an buero@gruene-mueller.de

Karin Müller, MdL

23.11.2017 - Mobilität: Opel hat den Wandel in der Automobilindustrie offenbar erkannt

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag bietet der Zukunftsplan von Opel Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken. „Opel hat offenbar erkannt, vor welchem Wandel die Automobilindustrie steht“, sagte Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde des Landtags zu diesem Thema. „Der Zukunftsplan sieht vor, die CO2-Emissionen schrittweise abzubauen und bis 2024 alle Modelle auch mit Elektromotor anzubieten. Damit wird das Unternehmen zukunftssicher – das ist eine gute Nachricht für die Beschäftigten, das Unternehmen und den hessischen Standort Rüsselsheim.“

„Betriebsbedingte Kündigungen soll es auch nach Ende der Beschäftigungsgarantie 2018 nicht geben. Das ist nicht nur gut für die Beschäftigten, sondern auch ökonomisch sinnvoll, weil es für den Unternehmenserfolg entscheidend ist, Fachkräfte an das Unternehmen zu binden und mit der Belegschaft gemeinsam in die Zukunft zu gehen“, so Müller weiter. „Anlass zur Zuversicht gibt auch, dass Opel in Rüsselsheim ein globales Kompetenzzentrum für Ingenieurleistungen etablieren will. Damit erkennt der neue Eigentümer PSA die fachliche Kompetenz der Beschäftigten an und ebnet den Weg weiter in eine Zukunft der intelligenten und vernetzten Mobilität mit guten Produkten.“

„Opel hat schon ganz am Anfang seiner Geschichte gezeigt, wie Unternehmen sich erfolgreich auf neue Gegebenheiten einstellen: Wenige Jahre nach Gründung erkannte Adam Opel, dass der Markt für Nähmaschinen zu klein war und begann erfolgreich, Fahrräder herzustellen. Dann kam das Zeitalter des Verbrennungsmotors – und jetzt kommt es darauf an, Opel zu einer Premiummarke für vernetztes und autonomes Fahren und für alternative Antriebe zu machen. Wenn das gelingt, hat Opel Zukunft. Auch Volkswagen investiert in den kommenden vier Jahren kräftig in die Elektromobilität. Allein in das VW-Werk in Kassel, das der Konzern zum ‚Leitwerk für die E-Mobilität‘ ausersehen hat, sollen 1,5 Milliarden Euro fließen. Der Konzern will zum Weltmarktführer in der E-Mobilität werden. Es bewegt sich endlich etwas in der Autobranche, und es ist gut, wenn Hessen da ganz vorne ist.“

Karin Müller, MdL

22.11.2017 - Verkehrspolitik: Schnelle und klimafreundliche Mobilität statt nur mehr Asphalt und Beton

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag gewährleistet die hessische Landesregierung Mobilität für alle und arbeitet am Umbau des Verkehrs für mehr Lebensqualität und Klimafreundlichkeit. „Hessen wird Vorreiter darin, dass Menschen schnell und

klimafreundlich ans Ziel kommen – während der SPD nichts anderes einfällt, als mehr Asphalt und Beton und mehr Personal für Behörden zu fordern“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aus Anlass einer von der SPD beantragten Debatte zum Verkehr in Hessen. „Die verkehrspolitischen Ideen der Sozialdemokraten miefen nach den Aktenschranken der 70er Jahre. Die SPD hat nicht mitbekommen, dass für viele Menschen Carsharing, Fahrrad und E-Bike längst ebenso selbstverständlich sind wie die Verbindung dieser Verkehrsmittel mit dem Öffentlichen Personennahverkehr.“

„In Hessen wurde viel zu lange viel zu viel Geld in publikumswirksame Neubauprojekte statt in den Erhalt bestehender Straßen gesteckt. Die Landesregierung arbeitet daran, den dadurch entstandenen Sanierungsstau aufzuarbeiten“, erklärt Müller. „Wir sanieren gezielt und systematisch die Straßen, damit der Verkehr in Hessen wieder reibungslos läuft. Wir investieren so viel wie nie zu vor in die Straßen, 2018 rund 110 Millionen, und 2019 sind es 120 Millionen Euro. Entsprechend hat sich der Zustand der Landesstraßen verbessert. Das zeigt auch der Straßenzustandsbericht 2016. Zugleich nehmen die großen Schieneninfrastrukturprojekte Hanau-Würzburg-Fulda und Frankfurt-Mannheim endlich Fahrt auf, bei der Nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West geht es nach jahrelangem Stillstand voran, Gateway Gardens wird gebaut und der viergleisige Ausbau der Strecke Frankfurt West – Bad Vilbel rückt näher. Bis 2030 werden insgesamt 12 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur in Hessen investiert. Der ÖPNV hat so viel Geld wie noch nie, darunter erstmals auch wieder Landesmittel. Auch deshalb gibt es zum Fahrplanwechsel 2017/2018 in ganz Hessen wesentliche Verbesserungen im Angebot. Die Verkaufszahlen für das Schülerticket sind großartig. Und auch Projekte zur E-Mobilität kommen mit Unterstützung durch die Landesregierung voran. Wenn Wiesbaden wie geplant seine ÖPNV-Flotte komplett auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellt, ist das europaweit vorbildlich.“

„Den Radverkehr blendet die SPD komplett aus, obwohl selbst Autofirmen wie BMW mittlerweile Studien dazu veröffentlichen, weil er gerade im Ballungsraum ein wesentlicher Bestandteil moderner Mobilitätskonzepte sein muss. Mehr Geld für Radwege, Unterstützung für Radschnellwege und auch Hilfe für die Kommunen bei Investitionen in ihr Radwegenetz überzeugen manchmal sogar SPD-Kommunalpolitiker davon, dass Verkehr kein Synonym für Auto ist.“

Karin Müller, MdL

20.11.2017 - Mehr Lebensqualität in Kassel dank Förderprogramm des Landes

„Hessen setzt die Städtebauförderung gezielt ein, um den Zusammenhalt im Quartier zu stärken, den Klimaschutz zu verbessern und auf den demografischen Wandel zu reagieren. Die Sprecherin der Kasseler Grünen, Vanessa Gronemann, begrüßt diese Initiative. „Die Stadtteile Forstfeld/Waldau, Rothenditmolde und das Wesertor haben so eine gute Chance, sich sozial, ökologisch, kulturell und ökonomisch noch weiter entwickeln zu können.“

Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ ist aus Sicht der Kasseler Landtagsabgeordneten Müller eines der wichtigsten Instrumente in der Stadtentwicklung. „Städte sind mehr als Beton- oder Asphaltlandschaften – sie sind zum Leben da. Wenn sie Menschen fragen, was Städte und Gemeinden lebenswert macht, ist es das gute Zusammenleben, grüne Freizeitflächen, kurze Wege, eine gute Infrastruktur – sprich Lebensqualität.“ Insgesamt fließen in die Kasseler Stadtteile Fördermittel von rund 2,6 Millionen Euro. „Wir freuen uns, dass Kassel mit der Förderung des Landes jetzt noch lebenswerter wird“, betonen Müller und Gronemann.

Die Landesregierung hat das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ auf 28,3 Millionen Euro aufgestockt. Das Programm wird jeweils zur Hälfte vom Bund und Land finanziert. Die Kommunen beteiligen sich mit rund elf Millionen Euro zusätzlich. „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ unterstützt eine nachhaltige Entwicklung in hessischen Städten und Gemeinden, in denen ein besonderer sozialer, wirtschaftlicher, städtebaulicher und ökologischer Handlungsbedarf besteht. Dieses Programm lebt davon, dass die Bewohnerinnen und Bewohner als Experten vor Ort mitbestimmen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Ein gutes Konzept, das wir so gerne unterstützen“, schließt Müller ab.

Karin Müller, MdL

17.11.2017 - Mit Spaß die sprachliche Bildung fördern – MdL Karin Müller beteiligte sich am Bundesweiten Vorlesestag

Die Landtagsabgeordnete Karin Müller hat anlässlich des 14. Bundesweiten Vorlesestags am 17. November, in der Schulbibliothek Waldau, Schülerinnen und Schülern des Jahrgangs 1 der Grundschule Waldau aus dem Buch „Das Supertalentier - Lunas großer Auftritt“ von Christian Matzerath vorgelesen. Gebannt hörten die Kinder zu, während die Abgeordnete die niedliche Geschichte über ein kleines Käfermädchen, das seinen eigenen Platz in der Welt finden will, erzählte.

„Es ist schön Kindern vorzulesen, zu sehen, wie sie gespannt den Geschichten lauschen und dabei ihre Phantasie anzuregen.“ Vorlesen ist von frühester Kindheit an von immenser Bedeutung. Es schafft Gemeinschaft, fordert zum Zuhören auf und regt die Kreativität der Kinder an. So ist gerade in der medialen Welt der Smartphones und Computer diese Erfahrung

Gold wert. „Lesen macht Spaß und eröffnet völlig neue Welten“, so die Abgeordnete.

Fast 2 Stunden nahm sie sich für den Vortrag Zeit. Die Landtagsabgeordnete freute sich anschließend sehr darüber, wie gut das Buch bei den Schülern ankam. Als kleine Anerkennung für das tolle Publikum, bekam jede teilnehmende Klasse eine Zuhörer – Urkunde ausgehändigt. „Eine passende Geschichte kann vielen Kindern eine große Freude bereiten und weckt dabei gemeinsam die Begeisterung für das Lesen und Vorlesen.“ Für diese Möglichkeit möchte sich die Abgeordnete bei der Schulbibliothek Waldau sowie der Grundschule Waldau ganz herzlich bedanken. „Der Vorlesestag ist eine tolle Sache.“

Hintergrund:

Der Bundesweite Vorlesestag ist eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Dieser Aktionstag für das Vorlesen findet seit 2004 jedes Jahr am dritten Freitag im November statt. Der Bundesweite Vorlesestag setzt ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens.

Vanessa Gronemann, Kasseler Grüne

17.11.2017 - Keine Videoüberwachung ohne Konzept

„Eine konzeptionslose Videoüberwachung wird es mit den Kasseler Grünen nicht geben.“ sagt Vanessa Gronemann und reagiert damit auf die Aussage des Magistrats, die gesamte Obere Königsstraße im Bild überwachen zu wollen. „Videoüberwachung ist nicht das Allheilmittel für mehr Sicherheit, sondern gehört zu einem Bündel von Maßnahmen, die auf konkrete Gefahrenlagen reagieren.“

„Mehr Kameras führen nicht zu mehr Sicherheit oder einer attraktiveren Innenstadt. Das ist ein Irrtum, und das belegen auch die bisherigen Erfahrungen mit Videoüberwachung.“ sagt Gronemann. Ein Unsicherheitsgefühl werde nicht mit Kameras behoben. Denn diese seien bereits heute in den Straßenbahnen der KVG und an einigen Haltestellen in der Innenstadt im Einsatz. „Die Wirkung ist überschaubar, wie wir feststellen müssen.“

Der Magistrat wurde im Sommer von der Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, ein sicherheitspolitisches Konzept vorzulegen. „Solch ein Sicherheitskonzept muss Gefahrenlagen benennen und Maßnahmen beschreiben. Nur dann ist eine Videoüberwachung zu rechtfertigen.“ so Gronemann